

Leonhard Kuckart, Vorsitzender der Senioren-Union Nordrhein-Westfalen:

## Die Alten sind weiter auf dem Vormarsch.

Unsere Kommunen brauchen dringend mehr Geld und flächendeckend Demografie-Konzepte.

Kürzlich durfte man in der NRW-Zeitungslandschaft wieder einmal lesen, dass „die Alten auf dem Vormarsch sind“. Deutschland schrumpfe, die Zahl der über 60-Jährigen steige weiter deutlich an und die Bundesregierung Sorge sich um die künftige Sicherstellung der Daseinsvorsorge, also die grundlegende Versorgung der Bevölkerung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen, insbesondere in ländlichen Regionen. Dazu zählen z.B. Verkehrs- und Beförderungswesen oder auch Bildungs- und Kultureinrichtungen. All das ist nicht wirklich neu, aber es zeigt, dass der Handlungsdruck auf Bund, Länder und Kommunen immer weiter zunimmt, die entsprechenden Weichen für eine alters- und generationengerechte Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu stellen.



Kinder, Eltern, Großeltern – ein demografisches Bild das sich immer mehr zu Gunsten der Älteren verändert. Diesem demografischen Wandel muss die Politik Rechnung tragen.

Am 22. September 2015 findet der dritte Demografie Gipfel des Bundes statt, der vierte soll dann im Frühjahr 2017 folgen. Die Demografie Gipfel bilden das zentrale Forum für den von der Bundesregierung angestoßenen Dialogprozess, der die unterschiedlichen Ebenen und Initiativen

zur Gestaltung des demografischen Wandels zusammenführen soll. Bisher ist nicht viel passiert seitens der Bundesregierung, außer einigen schönen Absichtserklärungen. Immerhin wurde im April 2014 der im Koalitionsvertrag zwischen der Union und der SPD vereinbar-

te „Demografie-Check“ umgesetzt. Mit dem Demografie-Check – bestehend aus 24 Prüffragen – werden seitdem Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Investitionen daraufhin überprüft, welche Auswirkungen damit auf kommende Generationen verbunden sind.



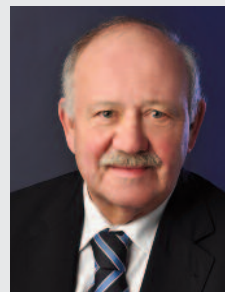
Leonhard Kuckart:  
Die Alten sind weiter auf dem Vormarsch.

Seite 1 ▶



Bernhard Mihm:  
Kulturelle Sicherheit ist unverzichtbar.

Seite 3 ▶



Rolf Tanski:  
Schüler erhalten NRW-Ehrenamtszertifikat.

Seite 5 ▶

Viel wichtiger aber wäre es, dass Bund und Länder die finanziellen Anreize und Fördertöpfe für die Kommunen deutlich erhöhen, damit diese möglichst flächendeckend vor Ort die notwendigen Maßnahmen durchführen und die städtischen Strukturen an die demografischen Veränderungsprozesse anpassen. Auch wenn die soziale Daseinsvorsorge der Bevölkerung in erster Linie eine Angelegenheit der Städte und Gemeinden ist (kommunale Selbstverwaltung), hat zumindest der Bund auch eine Mitverantwortung, die sich aus dem Grundgesetz ableitet: Die Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Der Begriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ gehört zur zentralen Leitvorstellung des Bundes und der Länder und zielt auf die gleichmäßige Entwicklung der Teilräume vor allem bezogen auf Daseinsvorsorge, Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten ab. Wir reden nicht von Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse, sondern von Gleichwertigkeit.

Aber gerade die ländlichen Regionen haben große Probleme, die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen. Es gibt Trends und Entwicklungen, die schlicht und ergreifend kaum aufzuhalten oder umzukehren sind und besonders den eher ländlich geprägten Raum benachteiligen. Dazu gehört u.a., dass

- das Netz der Bankfilialen immer weiter ausdünn; nach Einschätzung der Kreditanstalt für Wiederaufbau hat sich die Zahl der Kreditinstitute in den letzten 25 Jahren mehr als halbiert, in den kommenden 20 Jahren könnte sie sich noch einmal halbieren
- die kleinen Bäckereien und Fleischerien in Deutschland ums Überleben kämpfen; ihre Zahl hat sich seit 1995 fast halbiert, wobei die Zahl der Beschäftigten annähernd gleich geblieben ist
- schon Ende 2011 die Deutsche Post ihr letztes Postamt in Deutschland geschlossen und die seinerzeit restlichen rund 500 von ehemals mehr als 12.000 eigenen Filialen an sogenannte Postpartner verkauft hat; immer öfter gibt es Post- und Paketservices bei Lebensmitteldiscountern oder Zeitungsgeschäften.

All das betrifft insbesondere die älteren Menschen, die nicht mobil sind und kein Auto haben. Die großen Fragen, die sich vor allem die Kommunen stellen müssen, lauten:

- Wie kann die Planung so verbessert werden, dass den grundlegenden Bedürfnissen der Menschen – vor allem der älteren Generation – auch Angebote vor Ort gegenüber stehen?
- Welche neuen Angebote müssen für welche Personengruppen geschaffen werden?
- Wie können die wichtigsten Handlungsfelder identifiziert werden, um ein Handlungskonzept zur Bewältigung des demografischen Wandels zu erstellen und schrittweise umzusetzen?

Der Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen hat in einer Studie, die dieses Jahr veröffentlicht worden ist, die Demografie-Konzepte der Kommunen in Nordrhein-Westfalen anhand einiger Beispiele im Verbund mit dem Institut für Gerontologie an der TU Dortmund analysiert und eine Bestandsaufnahme gewagt. Bestandteil der Studie ist auch die Formulierung von Anforderungen an eine zukunftsweisende Demografiepolitik und die entsprechenden Voraussetzungen dazu.

Als wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels werden dabei einerseits die Entwicklung und Implementierung von entsprechenden politischen, infrastrukturellen und administrativen Rahmenbedingungen sowie andererseits eine nachhaltige kommunale Finanzausstattung ge-

sehen. Personelle und finanzielle Kapazitäten seien für eine erfolgreiche kommunale Demografiepolitik notwendig, um langfristig von Einsparpotenzialen profitieren zu können. Die Studie weist weiter darauf hin, dass kommunale Demografiepolitik als Handlungsgrundlage eine Vision einer generationen-freundlichen Kommune und ein daran orientiertes demografisches Leitbild benötigt. Dieses Leitbild soll auch ein modernes und differenziertes Altersbild beinhalten, eine Forderung, die wir als Senioren-Union unterstützen.

Das Problem liegt aber darin, dass längst noch nicht alle Kommunen dies verinnerlicht haben und Bund und Länder sie finanziell alleine lassen. Ein gutes weiteres Beispiel dafür ist auch die aktuelle Flüchtlingsproblematik. Kommunen kann man nicht zwingen, altersgerechte Weichen zu stellen. Finanzielle Anreize und mehr Fördermittel können aber sicherlich dabei helfen, dass mehr „demografische Bewegung“ in unsere Kommunen kommt. Notwendig sind aus Sicht der Senioren-Union vor allem mehr altersgerechter Wohnraum, ganzheitliche Barrierefreiheit, die Bündelung von Dienstleistungen zwecks Sicherstellung der Nahversorgung, die Einführung von Seniorienämtern, die Einrichtung von Zentren zur Förderung der nachberuflichen Orientierung und neue Mobilitätskonzepte, damit Ältere, die nicht oder nicht mehr mobil sind, weiter am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

## Führungswechsel bei der Senioren-Union im Bezirk Bergisches Land.

Am 1. Juni dieses Jahres tauschten Elke Rühl und Erich Frütel auf der Bezirksversammlung der Senioren-Union im Bergischen Land die Ämter. Erich Frütel ist von den anwesenden Delegierten zum neuen Bezirksvorsitzenden und Elke Rühl sowie Georg Jungbluth zu seinen Stellvertretern gewählt worden.

Im Amt bestätigt wurde Ortwin Unbehend als Schriftführer und Heidelore Brebeck, Hans Reinhold Drümmen, Helga Happel, Hans-Georg Heldmann, Hansjörg Schweickhart und Günter Wehn vervollständigen

als weitere Mitglieder den neuen Bezirksvorstand.



Elke Rühl, Herbert Reul MdEP, Erich Frütel und Prof. Dr. Otto Wulff.

# Kulturelle Sicherheit ist unverzichtbar.



**Bernhard Mihm, stellvertretender Landesvorsitzender der Senioren-Union NRW und Bezirksvorsitzender der Senioren-Union Ostwestfalen-Lippe.**

Wie man am 23. Juli 2015 in der katholischen "Tagespost" lesen konnte, hat die Tschechische Bischofskonferenz dazu aufgerufen, vor allem christliche Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern aufzunehmen. Wie die Zeitung weiter berichtet, hatte der Erzbischof von Olmütz, Jan Graubner in diesem Zusammenhang gesagt, eine "uferlose Aufnahme von Menschen anderer Kulturen" würde "das Ende der bisherigen Kultur bedeuten". Die katholischen Bischöfe unseres Nachbarlandes haben damit Besorgnisse verbalisiert, die auch bei uns viele Menschen umtreiben. Rattenfänger von Rechtsaußen versuchen, diese Ängste zu ihrem politischen Geschäftsfeld zu machen. Dies gilt es zu verhindern, und so müssen die verfassungstreuen Kräfte frei von Rücksichten auf eine sie nur lähmende politische "Korrektheit" die Problemlage ansprechen, sie analysieren und Lösungen angehen, die weder rücksichtslos mit hilfeschuchenden noch vergleichbar unsensibel mit den hier beheimateten Menschen umgehen.

Bleiben wir beim Stichwort "Heimat": Man könnte sie so definieren: "Geistige Ge-

meinsamkeit in vertrauter Umgebung." Geistige Gemeinsamkeit umfasst vieles, Grundlegendes, Wichtiges, aber auch bloß Gewordenes, das aber zum täglichen Leben und Zusammenleben gehört.

## Christliches Menschenbild

Grundlegend ist das Menschenbild. Die CDU bekennt sich zum "christlichen Menschenbild", wie wir es auch in den ersten Artikeln des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland finden. Dieses Menschenbild ist hierzulande verbindlich und wir bekennen uns zu ihm, auch wenn wir im neuen Grundsatzprogramm der CDU NRW feststellen, dass mittlerweile die Muslime Teil der Gesellschaft in unserem Land sind. "Die Muslime", so haben wir es formuliert, nicht "der Islam". Das hat seinen guten Grund, jenen nämlich, den auch der Erzbischof von Olmütz im Sinn hatte bei seinem eingangs zitierten Dictum. Es war vor Jahrzehnten in der gewiss CDU-Senioren noch erinnerlichen "Politisch-Sozialen Korrespondenz", dass dort ein dem Jesuitenorden angehörender Psychologe und Philosoph - Johannes Michael Hollenbach - "Kultur" so definierte: sie sei die Gesamtheit aller Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben und Zusammenleben. Kultur ist also viel mehr als schöne Künste und Folklore, noch nicht einmal die Sprache, obwohl das alles Kultur sehr wohl ausdrückt und verkörpert. Kultur ist so im Wesentlichen mit dem Menschenbild identisch, bei uns also mit dem des Christentums. Auch die bei uns und mit uns lebenden Muslime oder Hindus oder Buddhisten werden von uns nach diesem und keinem anderen Menschenbild gewürdigt und müssen, wenn sie hier leben, im Umgang mit anderen dieses Menschenbild respektieren. Nicht das des Islam. Das ist ein anderes. Deshalb im Grundsatzprogramm "die Muslime" und nicht "der Islam".

Nun ist in der Demokratie der Staat ein tägliches Plebiszit. Ein allgemeinverbindliches Menschenbild, eine Leitkultur gelten so lange, wie das Plebiszit für sie entscheidet. Anderes anzunehmen, wäre illusionär. Erzbischof Graubner hat also durchaus realistisch auf potentielle Ent-

wicklungen hingewiesen, die eine, wie er sagte, "uferlose" Aufnahme von Menschen aus anderen (Hoch-)Kulturen zur Folge haben kann.

## Kultur als Lebensart

Kultur verwirklicht sich im Alltag als Lebensart. Sie wird damit zugleich zur "vertrauten Umgebung". Vertrautheit aber ist nicht eine Sache kühler, ja kalter Vernunft. Sie wird wesentlich emotional, "mit dem Herzen" wahrgenommen. Da muss etwas daherkommen als etwas, das man schon kennt, vielleicht sogar schätzt. Da muss man vorbereitet sein können auf das Unangenehme. Da muss ein Phänomen einschätzbar sein.

## Hilfsbereitschaft der Hiesigen

Und die Zuwanderer? Sollen sie auch weiterhin auf die Hilfsbereitschaft der Hiesigen treffen, und sie sollen darauf treffen, muss ihre Hilfsbedürftigkeit einsichtig sein. Jeder Asylmissbrauch schädigt so das Interesse des wirklich Asylbedürftigen. Und von den Zuwanderern müssen auch zumutbare Verhaltensbeiträge erfolgen. Die Hiesigen dürfen sich nicht plötzlich fremd in der angestammten Heimat vorkommen. Dazu konnte es bereits in einigen Großstädten des Ruhrgebietes kommen, als Lieschen Müller und Kumpel Anton den Eindruck gewannen, durch Zuwanderer in der Nachbarschaft versiffe und verkomme ihr Wohnumfeld. Oder ich denke an öffentliche Gewalttätigkeiten zwischen Muslimen und Jesiden in Herford. Oder daran, wie in Paderborn ein muslimischer Redner in öffentlicher Kundgebung die Parole über die Lautsprecher schallen ließ: "Wir hassen diesen terroristischen israelischen Staat" - ohne Rücksicht auf die historischen Bürden des deutschen Volkes und ungeachtet der Feststellung unserer Bundeskanzlerin, Angela Merkel, die Sicherheit Israels sei Teil der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Das alles verunsichert die Leute. Gelten noch die Leitgedanken unseres Zusammenlebens? Kulturelle Sicherheit aber ist ebenso unverzichtbar wie die soziale oder die Sicherheit vor kriminellen Übergriffen.

# Senioren-Union im Bezirk Niederrhein wählt einen neuen Vorstand.



Foto von links nach rechts: Klaus Frede, Kreis Wesel; Franz Schooltink, Kreis Kleve; Theo Thissen, neuer Vorsitzender, Rheinkreis Neuss; Reinhard Maly, Kreis Viersen. Im Rollstuhl: Klaus Eichstädt, Schriftführer, Krefeld.

Die Senioren-Union der CDU im Bezirk Niederrhein wählte am 12. Mai dieses Jahres in Neuss einen neuen Vorstand.

Nachdem der bisherige Vorsitzende Josef A. Horstmann nicht mehr kandidierte, wählten die Delegierten den in Kaarst lebenden Theo Thissen mit überwältigender Mehrheit zu ihrem neuen Vorsitzenden.

Seine Stellvertreter sind Johannes-Theodor Derix, Klaus Frede, Reinhard Maly und Franz Schooltink. Als Schriftführer wurde Klaus Eichstädt gewählt und Willi Ariens, Jürgen Bongers, Franz-Josef Esser, Ulrike Giesen-Simon, Heinz Berend Jansen, Heide Lohse, Hans Lücker, Werner Näser, Josef-Adolf Pasch, Reinhard Pawlowski, Wolfgang Rees, Norbert Sonntag, Ilse Stammen, Luise Wefelmeyer komplettieren den Vorstand als weitere Mitglieder.

## Josef A. Horstmann wählten die Delegierten zum Ehrenvorsitzenden.

Im Rahmen der Veranstaltung im Marienhaus Neuss hörten die Seniorinnen und Senioren einen sehr interessanten Vortrag von Uwe Amrhein, Leiter des Generali Zu-

kunftsfonds. Der Generali Zukunftsfonds hat das Institut für Demoskopie Allensbach für die Generali Altersstudie beauftragt, um die Bedeutung der älteren Generation für die Gesellschaft hervorzuheben – auch und gerade vor dem Hintergrund des bevorstehenden demografischen Wandels. Das Bild, das die Generali Altersstudie von der Generation der 65- bis 85-Jährigen zeigt, steht in weiten Teilen im direkten Widerspruch zum vorherrschenden defizitären Altersbild. Die Ergebnisse präsentieren uns ausgeglichene, aktive und sozial vernetzte ältere Menschen. So liefert die Generali Altersstudie eine fundierte Basis, um die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Diskussion zum Thema Altersbild und Potenziale des Alters anzustoßen und zu beleben. Sie gibt Impulse, die gesellschaftliche Realität der Älteren, aber auch den Umgang mit der demografischen Herausforderung aus neuen Perspektiven zu betrachten.

# Eberhard Bauerdick ist erneut im Amt bestätigt worden.

Ohne Gegenstimmen wählten die Delegierten der Senioren Union Südwestfalen auf ihrer Zusammenkunft in Meschede den Balver, Eberhard Bauerdick, erneut zu ihrem Vorsitzenden.

Stellvertreter wurden Albert Hoffmann aus dem Hochsauerlandkreis und Wilma Ohly aus dem Kreis Olpe.

Als Schriftführer zeichnet Helmut Peter aus Siegen, sein Stellvertreter wurde Hans-Hermann Möllenhoff aus dem Kreis Soest.

5 Beisitzer komplettieren den Vorstand: Albert Hermes Kreis Siegen, Prof. Horst Pieper Kreis Mark, Dr. Herbert Stelling Kreis Olpe, Gertrud Sternschule Kreis Soest und Johannes Verhoeven aus dem Hochsauerlandkreis.



Foto von links nach rechts Klaus Kaiser MdL, Hans-Hermann Möllenhoff, Albert Hoffmann, Wilma Ohly, Heinz Soth, Eberhard Bauerdick, Gertrud Sternschulte, Helmut Peter.

# Schüler erhalten NRW-Ehrenamtszertifikat.

Gemeinsames Lernprojekt „JuleA“ zwischen Freiherr-vom-Stein-Gymnasium und CDU-Senioren-Union Recklinghausen.



19 Schülerinnen und Schüler des Freiherr-vom-Stein-Gymnasium Recklinghausen (FvS) sind in einer Feierstunde für ihr ehrenamtliches Engagement mit dem Ehrenamtszertifikat des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden.

Seit März unterrichteten die Jugendlichen des FvS Mitglieder und Gäste der CDU-Senioren Union im Rahmen des Projektes „JuleA“ (Jung lehrt Alt). Es handelt sich hierbei um ein generationenübergreifendes Konzept, einerseits als Qualifizierungsprojekt für Schüler und Schülerinnen und andererseits um ein Weiterbildungsprojekt für Senioren der Generation 60+. Die Schüler der Klassen 8 und 9 übernahmen hierbei die Rolle der „Lehrer“. Auf Seiten der Senioren nahmen 35 Teilnehmer als „Schüler“ teil. Die Junior-Lehrer engagierten sich zusätzlich nach dem regulären Unterricht ehrenamtlich in ihrer Freizeit. Die Jugendlichen gaben ihr Wissen in vorbildlicher Weise praxisorientiert weiter und gingen in besonderem Maße auf die älteren Menschen und ihre speziellen Lernanliegen ein. Unterrichtet wurde in den „Fächern“ Handy, Computer, iPhone, Tablet, Smartphone und Englisch. Die kostenlosen Kurse wurden im 1:1 Unterrichtsformat durchgeführt.

Bürgermeister Christoph Tesche würdigte in seiner Rede das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen und die Wichtigkeit sozialer Kompetenzen. Schullektorin

Helke Waterfeld lobte die vorbildliche Arbeit der „Junglehrer“ und hohe Sozialkompetenz. „Als positives Zeichen ist deutlich, dass die gemeinsame Aktion einen Brückenschlag auf gleicher Augenhöhe zwischen Jung und Alt darstellt“, so Rolf Tanski, Stadtverbandsvorsitzender der CDU-Senioren Union.

Besonderer Dank ging an Maria Althaus vom Förderverein, die als Koordinatorin die organisatorische Leitung übernommen hatte.

Der jüngste Senioren-Teilnehmer ist 54 Jahre, der älteste 86 Jahre alt. Die Kurse liefen über einen Zeitraum von drei Monaten. Einige Junior-Lehrer und auch Senioren-Schüler waren mehrfach wöchentlich in verschiedenen Unterrichtsfächern aktiv. Die Jugendlichen erwarben mit der Unterrichtserteilung das Ehrenamtszertifikat des Landes Nordrhein-Westfalen, das als besondere Zusatzqualifikation im späteren Ausbildungswesen unterstützend wirken soll.

Das Projekt wurde vor 7 Jahren im Sauerland auf der Ebene der Realschulen im Sauerland ins Leben gerufen. Das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium Recklinghausen ist das erste Gymnasium in Nordrhein-Westfalen, das „JuleA“ anbietet. Die Übergabe der NRW-Ehrenamtszertifikate nahmen Bürgermeister Christoph Tesche, Helke Waterfeld (Schulleiterin),

Rolf Tanski (Stadtverbandsvorsitzender Senioren Union) und Ulrike Reddemann (Netzwerk Bürgerengagement) vor.

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

**Landesvorsitzender Leonhard Kuckart**

### REDAKTION

**Heinz Soth (V.i.S.d.P.)**

Mechthild Solberg, Leonhard Kuckart,  
Fotos: Roland Rochlitzer,  
Norbert Solberg

### ANSCHRIFT

Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf  
Tel. 02 11.136 00-22 | Fax 02 11.136 00-54  
info@senioren-union-nrw.de  
www.senioren-union-nrw.de

### GESAMTAUFLAGE

33.000 Exemplare



# HERZLICHE EINLADUNG ZUM TAG DER VEREINIGUNGEN

am Samstag, 24. Oktober 2015  
in Düsseldorf

Bitte merken Sie sich das Datum vor,  
weitere Informationen folgen.

